VERFASSUNG UND VERWALTUNG IN SÜDWESTDEUTSCHEN STÄDTEN DER FRÜHEN NEUZEIT

von Franz Quarthal

Der südwestdeutsche Raum zeichnet sich unter den Landschaften des alten deutschen Reiches durch zwei Eigenschaften aus: Zum einen ist er — neben Franken — die politisch am vielfältigsten gegliederte Landschaft, zum anderen ist er eine der Regionen des alten deutschen Reiches mit der größten Städtedichte¹.

Von den rund 300 Ständen des deutschen Reiches um 1800 befanden sich etwa ein Drittel, nämlich 97, innerhalb des Schwäbischen Kreises, von denen die vier geistlichen Fürsten — die Bischöfe von Augsburg und Konstanz, der gefürstete Abt von Kempten und der Propst von Ellwangen —, die 14 weltlichen Fürsten — um die bedeutendsten zu nennen: die Herzöge von Württemberg, die Fürsten von Fürstenberg, von Hohenzollern und von Öttingen sowie die Markgrafen von Baden — und einige der Grafen und Herren über eine beachtliche Anzahl landsässiger Städte herrschten. Von den 51 Reichsstädten, die um 1800 bestanden, lagen 31 innerhalb des Schwäbischen Kreises². Dazu kamen noch 30 Städte des Hauses Habsburg, die als Teil des Österreichischen Kreises im Schwäbischen Kreis eingebettet lagen. Neben den 31 Reichsstädten zählte man ferner rund 140 landsässige Städte innerhalb des Schwäbischen Kreises, von denen der größere Teil — nämlich 60 — zum Herzogtum Württemberg gehörte³. Wolfgang Leiser hat vor wenigen Jahren am Beispiel einiger kleinerer Territorien sichtbar machen können, daß der Anteil an der Gesamtbevölkerung, der in den Städten lebte, zu Ende des 18. Jahrhunderts zwischen 18% und 25% schwankte⁴; für Württemberg und Vorderösterreich, zu deren

¹K.S. BADER, Der deutsche Südwesten in seiner territorialstaatlichen Entwicklung, Sigmaringen ²1978, Historischer Atlas von Baden-Württemberg, hg. v. der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Stuttgart 1982–1988. Karte und Erläuterungen VI,9. Reichskreise und Schwäbische Kreisstände um 1800. Karte und Erläuterungen VI,13. Herrschaftsgebiete und Ämtergliederung in Südwestdeutschland 1790. Vgl. auch die Darstellung von K. BIEDERMANN, Deutschland im 18. Jahrhundert I (ND der 2. Aufl., Leipzig 1880), Aalen 1969, S. 9–12.

²E. HÖLZLE, Der deutsche Südwesten am Ende des alten Reiches. Geschichtliche Karte des reichsdeutschen und benachbarten Gebiets, Stuttgart 1938, Beiwort, S. 1–91, K.S. BADER, Die Reichsstädte des schwäbischen Kreises am Ende des alten Reiches, in: Ulm und Oberschwaben 32 (1951), S. 52.

³Diesen rund 200 Städten in Südwestdeutschland standen vergleichsweise in Bayern nur 34 Städte und 90 Märkte gegenüber (R. HEYDENREUTER, Die Behördenreform Maximilians I., in: Wittelsbach und Bayern, Ausstellungskatalog, Bd. 2,1, München 1980, S. 246).

⁴W. LEISER, Die Stadt im süddeutschen Kleinstaat des Ancien Régime, in: Städtewesen und Merkantilismus in Mitteleuropa, hg. v. V. PRESS, Köln, Wien 1983, S. 111–134.

Herrschaft nahezu zwei Drittel der landsässigen Städte innerhalb des Schwäbischen Kreises gehörten, lag der Anteil der städtischen Einwohner nahe bei 25%⁵. In Bayern lag dieser Wert im 18. Jahrhundert deutlich niedriger, nämlich nur bei 18%⁶. Für frühere Zeiten ist es kaum möglich, flächenübergreifende Zahlenangaben zu ermitteln. Angesichts der Tatsache, daß nach 1648 die wirtschaftliche Expansion und das Bevölkerungswachstum im ländlichen Raum größer war als in den Städten, wird man für das 16. und 17. Jahrhundert eher noch einen höheren städtischen Bevölkerungsanteil annehmen dürfen als für das 18. Jahrhundert⁷.

Innerhalb dieser durch das Band des Stadtrechts zusammengehaltenen Siedlungen bestanden selbstverständlich größere Unterschiede: Zwischen den Zwergstädten Tengen dem „Städtlin“, Oberrhein dem „Städtlin“, Hayingen mit jeweils wenigen zehn oder zwanzig Häusern⁸, den Residenzstädten Mannheim, Karlsruhe und Ludwigsburg, Exulantenstädten wie Frankenthal, Bergbaustädten wie Freudenstadt oder den Reichsstädten Ulm und Augsburg lagen Welten⁹.

Wenn im folgenden Generalisierungen versucht werden sollen, so geschieht dies durchaus im Bewußtsein von Vergröberung und Vereinfachung. Zu Recht hat Otto Borst, einer der Kenner der südwestdeutschen Städtelandschaft, unterstrichen, daß trotz aller gemeinsamen Tendenzen jede Stadt eine Individualität sei und als solche interpretiert werden müsse¹⁰.

Als Typus wird man eine landsässige schwäbische Stadt der Neuzeit als eine Siedlung von etwa 3.000 Einwohnern mit einem wenig spezialisierten Gewerbe und einer Mittelpunkt Funktion für einen Nahraum von etwa 20 km Radius ansehen dürfen, für die Fernhandel eine geringe Rolle spielte und in der ein beträchtlicher Teil der Einkommen im agrarischen Bereich erzielt wurde¹¹. Die Reichsstädte waren zumeist größer, stärker exportorientiert und vielfach verkehrsgünstiger gelegen. In ihrer städtebaulichen Substanz sind sie in der Regel reicher als landsässige Städte, und dies gilt besonders für die Periode des 17. und 18. Jahrhunderts, die man gemeinhin als Zeit des Niedergangs der Reichsstädte versteht¹².

⁵F. QUARTHAL, Landstände und landständisches Steuerwesen in Schwäbisch-Österreich (Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde), Stuttgart 1980, S. 319; K.-O. BULL, Die württembergischen Steuerlisten von 1544/45 und ihre Bedeutung für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, in: W. EHBRECHT (Hg.), Voraussetzungen und Methoden geschichtlicher Städteforschung, Köln/Wien 1979, S. 103, vgl. auch weitere Angaben bei K. GERTEIS, Die deutschen Städte in der frühen Neuzeit. Zur Vorgeschichte der 'bürgerlichen Welt', Darmstadt 1986, S. 59f.

⁶W. STÖRMER, Wirtschaft und Bürgertum in den altbayerischen Städten unter dem zunehmenden absolutistischen Einfluß des Landesfürsten, in: W. RAUSCH (Hg.), Die Städte Mitteleuropas im 17. und 18. Jahrhundert (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas 5), Linz 1981, S. 237-266, hier S. 238.

⁷QUARTHAL, wie Anm. 5, S. 319.

⁸H. RAISCH, Die Zwergstädte Württembergs. Begriff und Verbreitung, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 40 (1968), S. 36-58.

⁹Zur Typologie neuzeitlicher Gründungsstädte in Südwestdeutschland vgl. J. SYDOW, Städte im deutschen Südwesten. Ihre Geschichte von der Römerzeit bis zur Gegenwart, Stuttgart 1987, S. 175-179; vgl. auch die Literaturzusammenstellung bei GERTEIS, wie Anm. 5, S. 189-191.

¹⁰O. BORST, Zur Verfassung und Staatlichkeit oberdeutscher Reichsstädte am Ende des alten Reiches, in: Esslinger Studien 10 (1964), S. 106-194, hier S. 106; ebenso K.S. BADER, Die oberdeutsche Reichsstadt im alten Reich, in: Esslinger Studien 11 (1965), S. 23-42, hier S. 25; DERS., wie Anm. 2, S. 247-270.

¹¹W. LEISER, wie Anm. 4, S. 119-124; für Baiern ähnlich STÖRMER, wie Anm. 6, S. 245.

¹²Vgl. GERTEIS, wie Anm. 6, S. 2f.; mit sehr differenzierter Würdigung BORST, wie Anm. 10, S. 106-110, zusammenfassend zitiert ältere Urteile A. LAUFS, Die Verfassung und Verwaltung der Stadt Rottweil 1650-1806 (VKomLk in Baden-Württemberg B 22), Stuttgart 1963, S.1.

Die Zeit zwischen der Mitte des 16. und dem Ende des 18. Jahrhunderts bildete sowohl für die Geschichte der Reichs- als auch für die der landsässigen Städte Südwestdeutschlands eine Einheit. Bei den Reichsstädten markieren die Eingriffe Kaiser Karls V. und seines Rates Heinrich Haß (1547–1556), mit denen der Anteil der Zünfte am Stadtreghment beschnitten und die Position der altgläubigen Geschlechter gestärkt wurde, eine deutliche Zäsur¹³. Man hat damit die Verknöcherung des Zunftwesens und eine Erstarrung der Magistratsverwaltungen verbunden, mit der die oligarchisch-aristokratische Spätphase reichsstädtischer Verfassungsgeschichte eingeleitet wurde¹⁴.

Neuere Forschungen der letzten drei Jahrzehnte sehen dies differenzierter. Zum einen hat es kaiserliche Eingriffe in reichsstädtische Verfassungszustände bereits früher und häufiger gegeben, als man dies in älteren Arbeiten gesehen hat. Zum anderen findet sich das Phänomen der Erstarrung der Magistratsverfassung zu einer oligarchisch-aristokratischen Form auch dort, wo Karl V. nicht eingegriffen hat. In Rottweil, wo die Zunftverfassung voll erhalten geblieben ist, gerierte sich der Magistrat der Bürgerschaft gegenüber nicht anders, als dies in Städten mit patrizischem Regiment geschah¹⁵. Schließlich sieht man heute auch die von der Verfassungsnorm abweichende Verfassungsrealität in den Reichsstädten vor den Maßnahmen Karls V. deutlicher, daß nämlich in der Realität die Zunftmitglieder den ihnen gebotenen Rahmen an Mitbestimmung und Mitteilhabe am Stadtreghment aus zeitlichen und finanziellen Gründen gar nicht ausfüllen konnten, so daß der obrigkeitliche Trend im Regiment der Reichsstädte schon ins Spätmittelalter zurückreicht.

Die Verfassungswirklichkeit der Reichsstädte von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zum Ende des deutschen Reiches ist geprägt von einer Oligarchisierung der rattragenden Schichten, von einer Schuldenwirtschaft der Reichsstädte, auf deren Ursache noch einzugehen sein wird, und von einem zunehmenden Modernitätsrückstand der reichsstädtischen Verwaltung gegenüber der der Territorien¹⁶, sowie von zahlreichen „Bürgerrevolten“, die namentlich in den letzten Jahren (Hildebrandt, Czok, Gerteis)¹⁷ unterschiedlich interpretiert wurden.

Das deutsche Reich nach dem Westfälischen Frieden war von der Tendenz bestimmt, Konflikte auf rechtlichem Wege zu lösen; dies führte dazu, daß von der gegen den Rat opponierenden Bürgerschaft immer häufiger die Reichsgerichte, das Reichskammergericht und der Reichshofrat, angerufen wurden¹⁸. Nachdem es Kaiser Leopold, gelungen war, das mit dem Westfälischen Frieden auf einen Tiefpunkt

¹³E. NAUJOKS (Hg.), Kaiser Karl V. und die Zunftverfassung. Ausgewählte Aktenstücke zu den Verfassungsänderungen in den oberdeutschen Reichsstädten (1547–1556) (VKomLk in Baden-Württemberg A 36), Stuttgart 1985, S. 1–25.

¹⁴J.J. MOSER, Von der Reichsstädtischen Regiments-Verfassung. Frankfurt Leipzig 1772.

¹⁵LAUFS, wie Anm. 12, S. 31–41.

¹⁶GERTEIS, wie Anm. 5, S. 2.

¹⁷R. HILDEBRANDT, Rat contra Bürgerschaft. Die Verfassungskonflikte in den Reichsstädten des 17. und 18. Jahrhunderts, in: Die alte Stadt 1 (1974), S. 221–241, K. CZOK, Zu den städtischen Volksbewegungen in den deutschen Territorialstaaten vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, in: W. RAUSCH (Hg.), wie Anm. 6, S. 21–42; K. GERTEIS, Frühneuzeitliche Stadtrevolten im sozialen und institutionellen Bedingungsrahmen, in: dito, S. 43–58.

¹⁸BADER, wie Anm. 2, S. 68, J.F. NOEL, Der Reichshofrat und das Verfassungsleben der Reichsstädte zur Zeit Josephs II., in: Esslinger Studien 16 (1970), S. 121–131, H.J. HECKER, Die Reichsstädte und die obersten Reichsgerichte, in: Katalog der Ausstellung „Reichsstädte in Franken“, München 1987, S. 169–182.

gesunkene Ansehen des Kaisers im Reich zu Ende des 17. Jahrhunderts wieder zu heben und namentlich die kleinen Stände Südwestdeutschlands auf Wien hin zu orientieren, gewann der Reichshofrat gegenüber dem Reichskammergericht das Übergewicht¹⁹.

Was die landsässigen Städte Südwestdeutschlands anbetrifft, so ist die Zeit zwischen der Mitte des 16. und dem Ende des 18. Jahrhunderts die Periode ihrer endgültigen Eingliederung in den Territorialstaat²⁰. Bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts war die landesfürstliche Verwaltung gegenüber den Territorialstädten eine intermittierende, die Konfliktfälle zu entschärfen und zu regeln hatte. Zu Ende der Periode sind die Magistrate landsässiger Städte zu staatlichen Behörden unterster Instanz geworden — wobei allerdings in einzelnen Territorien Unterschiede festzustellen sind. Erfolgt im 16. Jahrhundert Eingriffe des Landesherrn noch im Rahmen der Stadtrechte, wobei einzelne Aspekte aufgrund konkreter Anlässe in landesherrlichem Sinn interpretiert, schrittweise Wahlen beeinflusst und Kompetenzen der städtischen Behörden beschnitten wurden, so stand am Ende, in der Mitte des 18. Jahrhunderts, die Schaffung landeseinheitlicher Stadtverfassungen, die „Communordnung“ Johann Jakob Mosers in Württemberg von 1758, und die thesesianische Stadtverfassungsreform zwischen 1752 und 1760 in den vorderösterreichischen Herrschaften, dort noch übertroffen von der Josephinischen Magistratsverfassung von 1785.

Es ist guter historischer Stil, den schlechten Stand stadtgeschichtlicher Forschung für die Zeit zwischen 1550 und 1800 zu beklagen²¹. Dies gilt für die Reichsstädte, vor allem aber und in viel stärkerem Maße für die landsässigen Städte. Den stadtgeschichtlichen Arbeitskreisen in Münster, in Esslingen und dem Südwestdeutschen Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung ist es zu danken, daß sich die Kenntnis reichsstädtischer Verfassungs- und Verwaltungszustände seit 1550 in den letzten 30 Jahren wesentlich gebessert hat²². Was aber landsässige Städte angeht, steht man fast noch am Anfang. So schreibt Jürgen Sydow in seiner Monographie „Städte im deutschen Südwesten“: „Während festzustellen ist, daß die Erforschung der Kirchengeschichte für eine vergleichende Betrachtung der Städtegeschichte in der früheren Neuzeit recht viele Ergebnisse erarbeitet hat, ist auf anderen Gebieten bei weitem noch nicht so viel getan worden. Das betrifft die Verfassungsgeschichte ebenso wie die Wirtschafts- und Sozialgeschichte“²³.

Die mentalitätsgeschichtlichen Gründe für dieses Forschungsdefizit sind immer wieder aufgezeigt worden, zuletzt von Klaus Schreiner: „Anders als die mittelalterlichen Städte gab die Commune des 16. bis 18. Jahrhundert dem historisch-politischen Bewußtsein des 19. und frühen 20. Jahrhunderts keine Möglichkeit, als Faktor

¹⁹V. PRESS, Die Erblande und das Reich von Albrecht II. bis Karl VI. (1438–1740), in: R. A. KANN, F. E. PRINZ (Hgg.), Deutschland und Österreich, Wien/München 1980, S. 44–88, hier S. 78–81. Vgl. auch NOEL, wie Anm. 10, S. 121–131.

²⁰Vgl. allgemein dazu O. BRUNNER, Städtische Selbstregierung und neuzeitlicher Verwaltungsstaat in Österreich, in: Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht NF 6 (1955), S. 221–249.

²¹Sydow, wie Anm. 9, S. 187.

²²Vgl. die für die damalige Forschungssituation programmatischen Aufsätze von O. BORST, Die Kulturbedeutung der oberdeutschen Reichsstadt am Ende des alten Reiches, in: BILDtLG 100 (1964), S. 159–246; DERS., wie Anm. 10, S. 106–194, und K. S. BADER, Über Sinn und Ziel reichsstädtischer Geschichte, in: Esslinger Studien 1 (1956), S. 9–14.

²³Sydow, wie Anm. 9, S. 187.

bürgerlicher Identitätsbildung zu wirken. Weder das bürgerliche Verfassungsdenken noch der Fortschrittsglaube des Liberalismus noch Genossenschaftsbewegungen des 19. Jahrhunderts konnten in der Stadt der Neuzeit Identifikationsmuster finden“²⁴. Deutlich spricht dies aus den Formulierungen der Darstellung Karl Biedermanns aus der Mitte des 19. Jahrhunderts: „Die Reichsstadt noch des 16. Jahrhunderts war der Ort, an dem sich der ‘deutsche Freiheitssinn’ hatte regen können.“ Die Herrschaft, die weltliche und geistliche Größe in ihren Mauern übten, hatten sie durch offene Gewalt gebrochen oder mit Geld abgekauft und waren damit „die stärksten Säulen deutscher Macht, die fruchtbarsten Pflanzstätten deutschen Handels und Gewerbefleißes, deutscher Kunst und Wissenschaft,“ geworden²⁵. Indem sie sich dem Übermut der Landesherren entgegensetzten, den die kaiserliche Gewalt nicht mehr zu steuern vermochte, hatten sie „zu gleicher Zeit durch ihre alleinige Kraft dem deutschen Handel und dem Ansehen des deutschen Namens im Auslande weitere Bahnen gebrochen, als je ein Kaiser oder Fürstenmacht getan“. Diese verklärende Perspektive des 16. Jahrhunderts setzte bereits die reichsstädtische Publizistik des 18. Jahrhunderts der eigenen Gegenwart als Ideal gegenüber. Im Zustand des 16. Jahrhunderts sah man jenen „Gemein-Geist“ verkörpert, der sich der „salus publica“ verpflichtet wußte, mit „warmer Vaterlandsliebe“ und mit „keinerlei Herrschsucht“ die Nähe zur Bürgerschaft aufrecht erhielt²⁶. Im 18. Jahrhundert dagegen bevölkerte sie nur noch ein „verknöchertes, aufgeblasenes, saft- und kraftloses Spießbürgertum“²⁷. Die regierenden Magistrate hatten sich des städtischen Vermögens und der städtischen Rechte bemächtigt, die Justizpflege war in übler Verfassung, „Bedrückung und Aussaugung der Bürger die Regel“²⁸. Die kritischen zeitgenössischen Stimmen zur archaisierten Verfassungsgestalt und zur hypertrophen Funktionsweise der Reichsstädte ließen sich leicht vermehren und durch literarische Belege etwa bei Christoph Martin Wieland, der die Spätzeit Biberachs selbst als kommunaler Beamter erlebt hatte, oder bei Jean Paul, der der deutschen Reichsstadt im Roman des Armenadvokaten Siebenkäs ein satirisches Denkmal setzte, illustrieren. Erst jüngst konnte Roland Schurig aber dartun, daß sich aus der reichsstädtischen Historiographie des 18. Jahrhunderts eine zwar zu Teilen kritische, sonst aber durchaus positive Einstellung zu den eigenen Kommunen ablesen läßt²⁹. Verteidigung der Gerechtsame der Städte nach außen wie auch eine Aktivierung der Bürger zur Stärkung des Gemeinwesens waren manifeste Ziele reichsstädtischer Historiographie³⁰. Emotionaler Bezug zur unmittelbaren

²⁴K. SCHREINER, „Kommunebewegung“ und „Zunftrevolution“. Zur Gegenwart der mittelalterlichen Stadt im historisch-politischen Denken des 19. Jahrhunderts, in: F. QUARTHAL W. SETZLER (Hgg.), Stadtverfassung, Verfassungsstaat, Pressewesen. FS Eberhard Naujoks, Sigmaringen 1980, S. 139-168. DERS., Die Stadt des Mittelalters als Faktor bürgerlicher Identitätsbildung. Zur Gegenwärtigkeit des mittelalterlichen Stadtbürgertums im historisch-politischen Bewußtsein des 18., 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, in: Stadt im Wandel Landesausstellung Niedersachsen, Bd. 4, Braunschweig 1985, S. 517-541.

²⁵BIEDERMANN, wie Anm. 1, S. 161.

²⁶Vgl. V. PFEIFER, Die Geschichtsschreibung der Reichsstadt Ulm von der Reformation bis zum Untergang des Alten Reiches (FGUlm 17), Ulm 1981, S. 142.

²⁷BIEDERMANN, wie Anm. 1, S. 161.

²⁸Ebd.

²⁹R. SCHURIG, Die reichsstädtische Geschichtsschreibung im deutschen Südwesten am Ausgang des Alten Reiches, phil. Diss. (masch. u. Mikrofiches), Stuttgart 1989

³⁰Ebd., S. 251.

Umgebung wie ein Gemeinschaftsgefühl aller Reichsstädte waren die Motivation der literarischen und historiographischen Bemühungen um das „Vaterland“³¹.

Das negative Urteil der Zeitgenossen hat die Forschung teilweise auch unbewußt tradiert, wobei es noch neuere Darstellungen bestimmt³². Noch 1983 schrieb Walther Hubatsch: „An die Stelle der selbstbewußten Städtebünde von einst war die trümmerhafte, schwäbische und rheinische Städtebank der Reichstage im 18. Jahrhundert getreten, mit gewiß gemütvollen, jedoch unbedeutenden Zügen eines Stillebens, das nichts mehr von lebenskräftigen Impulsen verspüren ließ“³³. Man hat den Reichsstädten nach 1550 vorgeworfen, sich in ihrer Führungsschicht durch lebenslange Amtsinhaberschaft und Scheinwahlformen oligarchisch abgeschlossen³⁴, die Verwaltung aufgebläht, überteuert, durch Vetternwirtschaft korrumpiert zu haben³⁵. Machtpolitisch war die Reichsstadt kein Faktor mehr und deswegen nur an ihrer eigenen Erhaltung interessiert. K.S. Bader nannte dies ein „negatives Reichsbewußtsein“³⁶. Die überteuerte Bürokratie der Städte war der der fürstlichen Territorien unterlegen und ruinierte mit ihrer Schuldenwirtschaft das Gemeinwesen³⁷. All

³¹Ebd., S. 264-267.

³²Vgl. auch die Beurteilung des Forschungsstandes bei BADER, wie Anm. 2, S. 47. W. ANDREAS, Die Kulturbedeutung der deutschen Reichsstadt zu Ausgang des Mittelalters, in: DtVJS für Literatur und Geistesgeschichte 6 (1928), S. 62-113, hier S. 63; M. NEUGEBAUER-WÖLK, Reichsstädtische Reichspolitik nach dem Westfälischen Frieden, in: ZHF 17 (1990), S. 27; vgl. auch I. BÁTORI, Die Reichsstadt Augsburg im 18. Jahrhundert. Verfassung, Finanzen und Reformversuche (VMPI 22), Göttingen 1969: „Am 4. März 1806 endete für Augsburg die reichsstädtische Zeit. Die Stadt war damals hoch verschuldet und finanziell zerrüttet, das Vertrauen der Bürgerschaft zu ihrem Magistrat zerstört. Fast allgemein sah man deshalb die Mediatisierung als notwendiges Ende einer ruinösen Entwicklung an und begrüßte sie als einen Wendepunkt zum Besseren“ (S. 11). Auch G. GÄNSSLEN verstand seine Untersuchung über die Bürgerprozesse in Ulm noch als einen Beitrag zur Kenntnis „des Niedergangs der Reichsstädte im 18. Jahrhundert“ (Die Ratsadvokaten und Ratskonsulenten der Reichsstadt Ulm, insbesondere ihr Wirken in den Bürgerprozessen am Ende des 18. Jahrhundert [FGUlm 6], Ulm 1966, S. 13.).

³³W. HUBATSCH, Ziele und Maßnahmen landesherrlicher Politik im Absolutismus gegenüber Städten aus der Sicht des Verwaltungshistorikers, in: PRESS (Hg.), wie Anm. 4, S. 30-44, hier S. 34.

³⁴BADER, wie Anm. 4, S. 57; I. BÁTORI, wie Anm. 32, S. 54 u. 196. In Ulm wurde die Sublevationskommission und der Magistrat 1777 der Veruntreuung großer Geldsummen, schlechter Verwaltung, Parteilichkeit, Bestechung und Bestechlichkeit, Nachlässigkeit, Bedrückung der Untertanen (der Bürger) und Mißbrauchs der Schuldentilgung zum Nachteil der Bürger beschuldigt (GÄNSSLEN, wie Anm. 32, S. 122).

³⁵Gerade die Verklammerung von oligarchischer Herrschaftsausübung mit familiengebundenen Zugangsbeschränkungen galt in der liberalen Geschichtswissenschaft des 19. Jahrhunderts als ein besonders markantes Zeichen des maroden Verfassungssystems der frühneuzeitlichen Stadt. Vgl. dagegen die Interpretation von Verwandtschaft als Kategorie des sozialen und rechtlichen Lebens der altständischen Gesellschaft bei K. SCHREINER, 'Consanguinitas', 'Verwandtschaft' als Strukturprinzip religiöser Gemeinschafts- und Verfassungsbildung in Kirche und Mönchtum des Mittelalters, in: I. CRUSIUS (Hg.), Beiträge zur Geschichte und Struktur der mittelalterlichen Germania Sacra, Göttingen 1989, S. 176-305, hier S. 176-179, 274-305. Als Beispiel für zu enge Verwandtschaft im Rat vgl. GÄNSSLEN, wie Anm. 32, S. 155-158.

³⁶BADER, wie Anm. 1, S. 58; DERS., wie Anm. 2, S. 68. Doch sah Bader auch positivere Züge vgl. DERS., wie Anm. 10, S. 32.

³⁷Vgl. auch für Nürnberg: F. BUHL, Der Niedergang der reichsstädtischen Finanzwissenschaft und die kaiserliche Subdelegats-Kommission von 1797-1806, in: MVGNürnberg 26 (1926), S. 110-228, H. GEHRING, Buchau am Federsee, Leutkirch und Wangen im Allgäu am Ende des alten Reiches. Ein Beitrag zur Stadtgeschichte dreier schwäbischer Reichsstädte, phil. Diss. (masch.), Tübingen 1954. GERTEIS, wie Anm. 5, S. 91-93. Eindrucksvolle Beispiele wirtschaftlich durchaus gesunder Städte führte bereits BORST wie Anm. 10, S. 108, an. Vgl. auch H. SPETH, Die Reichsstadt Isny am Ende des Alten Reiches 1775-1806. Untersuchungen über Verfassungs-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der

dies wurde interpretiert als die Folge einer mangelnden Kontrolle der Reichsstädte durch außenstehende Instanzen³⁸.

Daß die Periode zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert auch bei landesherrlichen Städten nicht zu den Glanzzeiten dieser Gemeinwesen gehört, ist ein Gemeinplatz auch landesgeschichtlicher Forschung³⁹. Auch dort kam es zu Unruhen unter der Bürgerschaft, Aufruhr gegen den Rat, Beschwerden über finanzielle Mißwirtschaft⁴⁰. Da Reichsstädte wie landsässige Städte aus vergleichbaren mittelalterlichen Rechtstraditionen herausgewachsen waren mit prinzipiell gleichem Streben nach rechtlicher wie wirtschaftlicher Autonomie, so hatten sich dort, trotz der Einbindung in ein landesherrliches Territorium, prinzipiell ähnliche Probleme ergeben. Zwar war überall im Laufe des Spätmittelalters der alte Rat durch einen Bürgerausschuß unter unterschiedlichsten Bezeichnungen (Rat, äußerer Rat, Zwölfer, usw.) erweitert worden, aber auch in den landsässigen Städten hatte sich diese neue Schicht als Obrigkeit von der übrigen Bürgerschaft abgeschlossen. Unzufriedenheit über die personelle und wirtschaftliche Praxis der Stadtverwaltung war in den landsässigen Städten Südwestdeutschlands ebenso verbreitet wie in den Reichsstädten. Nepotismus, lässige Amtsführung, Korruption und Veruntreuung öffentlicher Gelder wurden nicht weniger als in den Reichsstädten moniert⁴¹. Verschuldung und finanzielle Mißwirtschaft waren Dreh- und Angelpunkt der Kritik an der städtischen Verwaltung und den kommunalen Verfassungszuständen.

Seit Johann Jakob Mosers Feststellung, daß „eine Reichsstadt ohne Schulden ein seltenes Exempel“ sei, ist dies ein allgemeines Verdikt über die Qualität reichsstädtischer Verwaltung⁴². Für verschuldete Reichsstädte lassen sich in der Tat eine Fülle von Beispielen beibringen, die hier nicht im einzelnen wiederholt werden müssen⁴³. Es wird jedoch übersehen, daß Verschuldung im 18. Jahrhundert nicht nur ein städtisches Problem war, sondern alle öffentlichen Bereiche betraf. Innerhalb des alten deutschen Reiches war jedoch so gut wie keine Institution zu finden, die nicht

Stadt im Vergleich mit Wangen i. A. und Leutkirch (VKomLk in Baden-Württemberg B 68), Stuttgart 1973, S. 39-83.

³⁸BADER, wie Anm. 1, S. 54-56.

³⁹RAUSCH (Hg.), wie Anm. 6, S. 211

⁴⁰Belege lassen sich aus einzelnen Stadtgeschichten in großer Zahl beibringen. Eine Zusammenstellung von Konfliktfällen in vorderösterreichischen Städten gibt E. SEIDLER, Die vorderösterreichischen Landstädte im 18. Jahrhundert. Ihre Integration in den absolutistischen Staat unter besonderer Berücksichtigung der Reformen Maria Theresias und Josephs II., Wiss. Arb. (masch.), Tübingen 1978, S. 23-30.

⁴¹Zum Phänomen der Korruption vgl. F. QUARTHAL, Korruption in Gesellschaft und Staat des Ancien Régime, in: SozWissInf 16 (1987), S. 41-46; Zur Oligarchisierung der Stadtverwaltung in sächsischen Städten vgl. K. BLASCHKE, Grundzüge der sächsischen Stadtgeschichte im 17. und 18. Jahrhundert, in: RAUSCH (Hg.), wie Anm. 6, S. 173-180, hier S. 177. Unzufriedenheit und Kritik richteten sich allerdings nicht nur an die kommunalen Verwaltungen. Vor den Reformen der landesfürstlichen Verwaltungen um die Mitte des 18. Jahrhunderts werden auch diese wegen geringer Arbeitsmoral, Schlendrian, Vetternwirtschaft, Korruption, geringem Interesse für die wirtschaftliche Entwicklung und Überschuldung heftig kritisiert. Die Reformen setzten dort früher ein als in den Städten, so daß der Modernitätsrückstand der Territorien eher als ein temporärer als ein prinzipieller zu interpretieren ist (Vgl. F. Quarthal, Absolutismus und Provinz. Verwaltungsreformen und Herrschaftsintensivierung in den österreichischen Vorlanden zur Zeit des Absolutismus, Tübingen [masch.], 1982, S. 97-100.)

⁴²J.J. MOSER, Von der Reichs-Städtischen Regimentsverfassung, S. 293, vgl. auch: K.S. BADER, Johann Jakob Moser und die Städte, in: Esslinger Studien 4 (1958), S. 43-60

⁴³Vgl. die Zusammenstellung bei BORST, wie Anm. 10, S. 148-153, und HILDEBRANDT, wie Anm. 17, S. 230.

verschuldet war⁴⁴. Von allen deutschen Territorien war dies nur Preußen zwischen 1718 und 1740 nicht. In der Regel mußten nach einer Untersuchung von Peter Claus Hartmann rund 50% des Haushaltes der deutschen Territorien des 18. Jahrhunderts für Verwaltung und Schuldentilgung aufgebracht werden⁴⁵. Die meisten der kleinen Landschaften im deutschen Südwesten haben ihren umfänglichsten archivalischen Niederschlag in den Akten der Schuldentilgungskommissionen der deutschen Mittelstaaten des 19. Jahrhunderts gefunden⁴⁶. Die Verschuldung der Landstände war ein wesentliches Argument für deren Entmachtung und Unterstellung unter die Staatsaufsicht bei der Staatsreform Maria Theresias. Deren Finanzgebaren konnte nicht mehr der modernen, an kameralistischen Theorien ausgerichteten Konzeptionen einer Staatsadministration entsprechen⁴⁷. Wenn man jedoch nur die Höhe der Schulden berücksichtigt, ohne deren Laufzeit, Zinssätze, Gläubigerkreise und Aufnahmegrund zu berücksichtigen, wird man immer zu falschen Interpretationen kommen. Schon im 18. Jahrhundert wurden Schulden häufig nicht im wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang gesehen, sondern rein negativ als Ausdruck persönlichen Versagens und schlechter Verwaltungskunst interpretiert⁴⁸. In der Tradition der Fürstenspiegelliteratur äußerte sich Johann Jakob Moser in seiner „Rechtlichen Betrachtung des Landes-Schulden-Wesens“ dazu: „Die Landes-Schulden haben mancherlei Ursprung. Insgesamt rühren sie von denen Schulden her, welche die Landes-Regenten gemacht hatten, und nicht bezahlen konnten, oder wollten; dahero dem Land angesonnen wurde, selbige ihnen ab und auf sich zu nehmen, zumalen wann es einen Regierungsnachfolger betrafte, welcher, weil er die Schulden nicht gemacht hatte, selbige auch nicht zahlen, und lieber aus fremdem, als eigenem, Leder Riemen schneiden wollte“⁴⁹. Schulden sind aber — im Gegensatz zu häufigen Darstellungen in historischen Untersuchungen — nichts eo ipso Negatives, solange die Kreditfähigkeit einer Institution erhalten bleibt. Sie verdichten jede Institution und perpetuieren sie stärker als jedes andere Vehikel. Schulden sind ein *Movens* des frühmodernen Staates. Bei Franz Stephan von Lothringen, dem Gemahl Maria Theresias, werden in neueren Darstellungen seine Fähigkeiten als Wirtschaftsfachmann hervorgehoben, nicht weil er die Schulden Österreichs beseitigt, sondern weil er ihre Dauerhaftigkeit und Abzahlbarkeit gesichert hatte⁵⁰.

Ich meine also, daß die bisherige Trennung der Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der frühneuzeitlichen Territorien, ihrer landsässigen Städte und der Reichsstädte zu einer Verzeichnung der städtischen Verwaltung geführt hat. Die

⁴⁴F. QUARTHAL, Öffentliche Armut, Akademikerschwemme und Massenarbeitslosigkeit im Zeitalter des Barock, in: V. PRESS u.a. (Hgg.), Barock am Oberrhein (Oberrheinische Studien 6), Karlsruhe 1985, S. 159-165.

⁴⁵P.C. HARTMANN, Geld als Instrument europäischer Machtpolitik im Zeitalter des Merkantilismus, München 1978, S. 30.

⁴⁶P. BLICKLE, Landschaften im alten Reich. Die staatliche Funktion des gemeinen Mannes in Oberdeutschland, München 1973, S. XIX.

⁴⁷QUARTHAL, wie Anm. 5, S. 325f.

⁴⁸Vgl. schon M. VON OSSE, Prudentia Regnativa. Das ist Nutzliches Bedencken, ein Regiment [. . .] recht zu bestellen, Frankfurt a.M. 1607.

⁴⁹Von den Teutschen Reichs-Stände Landen, deren Landständen, Unterthanen, Landes-Freyheiten, Bescherwen, Schulden und Zusammenkünften, Frankfurt und Leipzig 1769, S. 1377.

⁵⁰H. L. MIKOLETZKY, Franz Stephan von Lothringen als Finanz- und Wirtschaftsfachmann, in: Maria Theresia und ihre Zeit. Zur 200. Wiederkehr ihres Todestages, Ausstellungskatalog, Wien 1980, S. 422-428.

Probleme sind in allen drei Gebilden vergleichbar und haben zu Lösungsversuchen geführt, die nicht völlig unähnlich sind.

Kann sich eine Untersuchung reichsstädtischer Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte in der Zwischenzeit auf eine stattliche Anzahl lokaler und zusammenfassender Abhandlungen stützen, so ist die Zahl der Vorarbeiten für landsässige Städte wesentlich geringer, da sie insgesamt nicht die gleichen Interessen wie die Reichsstädte gefunden haben, was auch forschungsgeschichtliche Ursachen hat, waren die landsässigen Städte doch — zumindest in Südwestdeutschland — „nicht nur wirtschaftlich weniger bedeutend und politisch minder mächtig als die Reichsstädte, sondern sie entbehrten auch jenes Elements der Freiheit, das es erlaubt hätte, zeitnahe Probleme bei einer Auseinandersetzung mit ihnen wiederzufinden“⁵¹.

Eine vergleichende Untersuchung im südwestdeutschen Raum gibt es nur für Württemberg, wo Hans Eugen Specker eine Zusammenstellung der normativen Vorschriften für die Verwaltung landsässiger Städte unternommen hat⁵² — eine empirische Überprüfung am Einzelfall — wie sie im Rahmen dieser Tagung für Norddeutschland vorgelegt wurde —, steht noch aus⁵³.

Im folgenden seien Entwicklungslinien von Verfassungsänderungen in vorderösterreichischen Landstädten als Beispiel für das Zusammenwirken städtischer Bewegung und landesfürstlichem Interesse an Integration und Zentralisation des Territoriums dargestellt. Bis zum 14. Jahrhundert war der landesherrliche Verwaltungsapparat — nicht nur in den habsburgischen Gebieten — noch so wenig ausgebildet, daß die Selbstverwaltung kleinerer Landeseinheiten — wie der Städte — unumgänglich war. Otto Brunner sprach für die Städte des Herzogtums Österreich davon, daß die Beziehungen zwischen Stadtherrn und Städten „außenpolitischen“ Charakter getragen hätten⁵⁴. Der „intermittierende Charakter“ der mittelalterlichen Regierungsweise machte effektive Lokalverwaltungen unabdingbar — ein Aspekt, der in der südwestdeutschen Interpretation der Rechtsverhältnisse habsburgischer Städte häufig fälschlich als „quasi reichsstädtische Freiheit“ interpretiert wurde. Seit dem 16. Jahrhundert mehrten sich aber die Versuche, die Landeshoheit auch in den Städten unmittelbar auszuüben. Es lassen sich dabei drei Etappen unterscheiden, in denen die direkten Eingriffe in städtische Verfassungs- und Verwaltungsangelegenheiten sukzessive zunahmen:

Im 15. Jahrhundert unterstützte die Regierung die Versuche des Rates der einzelnen Städte, das Wahlrecht auf einen engen Kreis zu beschränken, die Ratsspitze

⁵¹F. QUARTHAL, Die Verfassungsänderungen in den Städten Vorderösterreichs im Rahmen der Staatsreformen Maria Theresias, in: QUARTHAL/SETZLER (Hgg.), wie Anm. 24, S. 121-138, hier S. 122. Für landsässige Städte in Österreich vgl. BRUNNER, wie Anm. 20, S. 221f.; allgemein GERTFIS, wie Anm. 5, S. 71-74.

⁵²H.E. SPECKER, Die Verfassung und Verwaltung der württembergischen Amtstädte im 17. und 18. Jahrhundert, dargestellt am Beispiel Sindelfingen, in: E. MASCHKE/J. SYDOW (Hgg.), Verwaltung und Gesellschaft in der südwestdeutschen Stadt des 17. und 18. Jahrhunderts (VKomLk in Baden-Württemberg B 58), Stuttgart 1969, S. 1-21; für das späte Mittelalter vgl. R. SEIGEL, Die württembergische Stadt am Ausgang des Mittelalters. Probleme der Verfassungs- und Sozialstruktur, in: W. RAUSCH (Hg.), Die Stadt am Ausgang des Mittelalters (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas 3), Linz/Donau 1974, S. 177-200. Seigel hat ebenfalls für das Mittelalter eine vergleichende Untersuchung zu innerschwäbischen Landstädten vorgelegt (R. SEIGEL, „Innerschwäbische Landstädte“. Ein Beitrag zur vergleichenden Verfassungsgeschichte, in: Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte, Protokoll (masch.) der Sitzung vom 18.04 1961).

⁵³Vgl. den Aufsatz von Christine van den Heuvel in diesem Band.

⁵⁴BRUNNER, wie Anm. 20, S. 231.

möglichst klein zu halten und obrigkeitlich auszugestalten. Je kleiner die Schicht politisch einflußreicher Bürger war, desto eher vermochte die Regierung auf diese innerstädtischen Einfluß auszuüben. Zunächst beschränkten sich die Eingriffe der Regierung auf vereinzelte Maßnahmen.

Systematischeren Charakter hatten jedoch die relativ häufigen Einsetzungen von Wahlkommissaren seit dem 16. Jahrhundert. Die Überwachung der Ratswahlen wurde zugleich zu einer Überprüfung des städtischen Finanzwesens und damit des gesamten Aktionskreises des Rates benützt. In diesen systematischen landesherrlichen Eingriffen sah Brunner den wesentlichen Übergang im Charakter der landesherrlichen Verwaltung von einer intermittierenden zur kontinuierlichen Verwaltungshandlung⁵⁵. Nach den Wahlen gerieten Rechtssprechung, Militär und Steuerverwaltung unter landesherrliche Oberaufsicht. Aus der Kontrolle des Wahlvorgangs in landesherrlichen Städten bei der Neuwahl des Rates wurden immer ausführlichere Anweisungen und Instruktionen für die städtische Verwaltung insgesamt⁵⁶.

Im Laufe des 18. Jahrhunderts weitete sich die landesherrliche Einflußnahme aus. Nunmehr geriet auch der autonome, genossenschaftliche Bereich des städtischen Lebens in das Blickfeld kontinuierlichen landesherrlichen Verwaltungshandelns. Dabei wurden die Eingriffe der Regierung teilweise durch innerstädtische Spannungen hervorgerufen, teilweise führten die Maßnahmen der Regierung selbst zu Unruhen in den Städten. Wegen der vielschichtigen Territorialstruktur der österreichischen Vorlande verlief diese Entwicklung nicht in einer klaren und deutlichen Linie⁵⁷. Brüche gab es in der landesherrlichen Zuständigkeit — manche Maßnahmen wurden durch die Regierung in Innsbruck, andere durch die vorderösterreichische Regierung und Kammer in Ensisheim, später in Freiburg, eingeleitet, manche Anordnungen nach 1665 von Wien aus widerrufen. Auf einige Städte hatte der Landesherr unmittelbaren Zugriff, andere, wie etwa die Donaustädte Munderkingen, Riedlingen, Saulgau, Mengen und Waldsee, standen unter einer Pfandherrschaft, die eigene Rechte in den Pfandstädten beanspruchte. Ein geschlossenes Konzept zu einer gesamten Reform der Stadtverfassungen konnte es daher erst im Rahmen der alle Bereiche umfassenden Staatsreform Maria Theresias kommen, wobei auch dann noch Rücksicht auf lokale Besonderheiten genommen wurde.

Die vorländischen Städte der Habsburger entstammten keiner einheitlichen Stadtrechtsfamilie, nur in Laufenburg, Waldshut, Säckingen, Aach und Mengen waren Gründungen der Habsburger selbst. Andere, die durch Kauf an Österreich kamen, waren geistliche Gründungen (Radolfzell, Breisach) oder von anderen Adelsfamilien gegründet, von den Zähringern, den Üsenbergern, den Grafen von Zollern, von Hohenberg, den Herzögen von Teck, den Herren von Waldsee und den Grafen von Berg. Breisach und Neuenburg wurden den Habsburgern vom Reich verpfändet, Willingen und Freiburg unterstellten sich ihnen freiwillig⁵⁸.

In Freiburg griff Erzherzog Albrecht 1454 unmittelbar in die Stadtverfassung ein; dies war insofern eine besondere Situation, die sich von anderen vorderösterreichi-

⁵⁵Ebd., S. 237.

⁵⁶Ein vorzügliches Beispiel, wie intensiv die landesfürstlichen Behörden schon zu Anfang des 17. Jahrhunderts trotz großer Entfernung in alle Bereiche städtischen Lebens eingriffen, bieten die Maßnahmen der Innsbrucker Regierung in Rottenburg (vgl. K. KEMPF, Die Chronik des Christoph Lutz von Lutzenhartt aus Rottenburg am Neckar, Vaihingen/Enz 1986, S. 305-353).

⁵⁷Ich beschränke mich auf die Städte, die nach 1648 habsburgisch blieben.

⁵⁸Vgl. Historischer Atlas von Baden-Württemberg, Beiwort zur Karte VI, 4.

schen Städten unterschied, da Freiburg unter ihm vorländische Residenzstadt war⁵⁹. Nach dem Rückzug der Geschlechter aus der Stadtherrschaft kam es in Freiburg zu einem Zunftregiment, das sich gegen Ende des 15. Jahrhunderts oligarchisch abschloß. Im 16. Jahrhundert bemühten sich die führenden Familien darum, einen beständigen Rat aus zwölf lebenslänglich gewählten Mitgliedern zu bilden und holten sich dafür die Zustimmung der vorderösterreichischen Regierung in Ensisheim, die dieses Ratsregiment, das ihr größere Einflußmöglichkeiten eröffnete, 1557 genehmigte. Seitdem durfte kein Ratsmitglied mehr ohne ausdrückliche Genehmigung der Regierung aufgenommen werden, insbesondere die Zunftmeister waren einer Regierungskommission vorzustellen, die die Wahlen beaufsichtigte. Der beständige Rat sollte alle wichtigen Angelegenheiten beraten, ohne die Zunftmeister hinzuzuziehen. War der Landvogt anwesend, hatte er an Stelle des Bürgermeisters die Umfrage zu leiten. Gegen diese Bevormundung widersetzten sich die Bürger erfolglos, die Regierung antwortete in einem Ton, der keinen Zweifel mehr zuließ, wer letztlich als Obrigkeit zu verstehen war: „Ihr werdet Euch unterwerfen und uns nicht Ursache geben, daß wir etwa der Zünfte halber eine Änderung vornehmen“. Als die vorderösterreichische Regierung nach 1648 ihren Sitz in Freiburg nahm, geriet der Rat zunehmend unter landesherrlichen Einfluß. Nach 1666 wurde immer deutlicher, daß die Regierung den städtischen Rat als ein ausführendes landesherrliches Organ betrachtete, der Rat sich aber noch als städtische Obrigkeit verstand. Nachdem Freiburg 1698 wieder an Österreich gekommen war, setzte die Regierung dem Rat einen „Oberschultheiß“ als ständigen landesherrlichen Kommissar vor, der die Tätigkeit des Rates voll kontrollierte. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts überwachte eine Regierungskommission die Wahlen; als Festung waren weite Bereiche städtischen Handelns dem Stadtrat entzogen⁶⁰.

Die Stadt Neuenburg hatte zunächst eine stark zünftisch bestimmte Stadtverfassung. Sie verfügte über das Schultheißenamt, die hohe und niedere Gerichtsbarkeit. Das relativ „aristokratische“ Ratsregiment, das namentlich bei Wahlen die Gemeinde nahezu ausschloß, verursachte Unmut in der Bürgerschaft: Der abtretende Rat bestimmte jeweils vier „neue Räte“ aus seinem Kreis, die die Kontinuität der Regierung wahren sollten. Diese kooptierten vier weitere Mitglieder, dieses Gremium nochmals vier, bis 16 Räte vollzählig waren. Die Gemeinde wartete während des Wahlvorgangs vor dem Rathaus und hatte bei jedem Wahlgang zu akklamieren. Wegen der abnehmenden Bürgerzahl war die Zahl der Räte in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf acht reduziert worden. Seit dem 16. Jahrhundert überwachte eine Kommission der vorderösterreichischen Regierung die Wahl, wobei auch hier meist die Stadtrechnungen kontrolliert wurden. Nach 1671 weitete die Wahlkommission ihre Eingriffe in städtische Belange aus, 1674 führten finanzielle Mißstände zu direkten Aktionen. Auch hier wurde im 18. Jahrhundert durch landesherrliche Maßnahmen die städtische Autonomie faktisch beiseite geschoben: Nach Bürgerunruhen wurde 1739 der Magistrat abgesetzt und durch einen neuen ersetzt.

An der Entwicklung in Breisach lassen sich relevante Unterschiede zwischen Reichsstadt und landsässiger Stadt sichtbar machen. Wie in den bisher behandelten Städten hatte der Rat den Charakter einer Vertretung der Bürgerschaft verloren

⁵⁹BRUNNER, wie Anm. 20, S. 241.

⁶⁰SEIDLER, wie Anm. 40, S. 32-36.

und war zur Obrigkeit geworden⁶¹. Zu bürgerschaftlichen Unruhen kam es jedoch erst, als sich die ökonomische Situation der Stadt zwischen 1720 und 1740 drastisch verschlechtert hatte und dem oligarchischen Rat nunmehr der Vorwurf von Mißwirtschaft und finanziellem Fehlverhalten gemacht wurde⁶². Die Beschwerden der Bürgerschaft zielten auf drei Aspekte: den der Stadtverfassung, der Verwaltung sowie der schlechten Rechtsadministration und Korruption. Nunmehr wurde der Ausschluß der Bürgerschaft von der Bürgermeisterwahl und das auf bestimmte Zunftzugehörigkeit und Verwandtschaftskreis eingeschränkte passive Wahlrecht zum Rat moniert. Unkontrollierte Wirtschaftsführung, überhöhte Personalanstellung und Besoldung sowie widerrechtliche Besteuerung waren Monita, die die Verwaltung betrafen. Dem Bürgermeister wurde eine Verletzung der Rechtsförmlichkeit in der Rechtsprechung und die Ausschaltung des Rats aus der Gerichtsbarkeit vorgeworfen. In der Klageschrift der Breisacher Bürger wird deutlich, daß sie den Rat als bedrückende Obrigkeit, die österreichische Herrschaft dagegen als Freiheitsgarantie gegen die Übergriffe des Magistrats empfanden. Während der Magistrat das Eingreifen der Regierung als Freiheitsbeschränkung auffaßte, bedauerten die Bürger, daß sie als „freie österreichische Bürgerschaft [...] im mindesten nicht die süße Landesregierung und österreichische Gelindigkeit ihrer königlichen allergnädigsten Landesmutter [...] empfinden“, welche sie gegen ihrer „näheren Obrigkeit Joch“ beschützen solle. Während den Reichsstädten bei Mißständen nur der Weg des Aufruhrs oder der externen Anrufung der Reichsgerichte offenstand, konnten die landsässigen Städte je länger je mehr den ausgebildeten Instanzenzug des Territoriums nützen. Je mehr sich die landesherrliche Verwaltung ausdifferenzierte, umso mehr verloren landesherrliche Eingriffe den außergewöhnlichen Charakter und wurden zu kontinuierlichem Verwaltungshandeln.

Gegenwärtig ist es noch nicht möglich, eine Typologie der habsburgischen Städte in den Vorlanden nach der Form der Ratsverfassung, der Art der Beteiligung der Zünfte und Geschlechter, der Leitung der Städte durch Bürgermeister oder Schultheißen oder dem Maß der herrschaftlichen Mitbestimmung an der Führung der Stadtgeschäfte zu erstellen. Selbst der Charakter als — mit der Diktion des 18. Jahrhunderts — Kameralstadt oder verpfändeter Stadt wechselte, so daß jeweils mehrere zeitliche Querschnitte erforderlich sind, um ein korrektes Bild der jeweiligen historischen Situation zu zeichnen.

Ursprünglich standen alle Städte als herrschaftliche Gründungen unter einem Beamten des Stadtherrn, dem Stadtamman oder Schultheißen, der die Oberaufsicht über das Gerichtswesen innehatte und Verwaltung, Wirtschaft und Polizei der Städte kontrollierte. Angesichts der differenzierten Genese dieser 30 Städte, der unterschiedlichen Stadtgründer sowie ihrer breiten geographischen Streuung dieser Städte ist evident, daß deren mittelalterliche Verfassungen ein sehr divergentes Bild boten. Wie andere Territorialherren vereinheitlichten die Habsburger diese Stadtrechte nicht, sondern bestätigten in ihrem Namen gewachsene Rechtsstrukturen. Sie schufen auch keine einheitlichen Verwaltungsbezirke — etwa in der Form von Stadt und Amt wie in Württemberg —, sondern beließen in der Regel die Stadt und ihr Umland in zwei

⁶¹G. HASELIER, *Geschichte der Stadt Breisach am Rhein*, Bd. I, Breisach 1977, S. 55f.

⁶²Beschwerdeschrift der Breisacher Bürger an Regierung und Kammer in Freiburg vom 19. Dezember 1742 (HASELIER, wie Anm. 61, S. 57-60)

Die habsburgischen Städte in Südwestdeutschland
nach 1648 63

		Anfall an Habsburg Vogtei seit 1207	I Verpfändung	Rückkehr zu Habsburg
Stadt Laufenburg	Grundung/Stadtwendung ursprünglicher Grundherr: Stift Säckingen, um 1250 Stadt, Stadtherr: Gf v Habsburg			
Säckingen	Stift Säckingen gründete Markt 11. 12. Jh., Stadtrechtsverleihung unbekannt, vor 1250	Vogtei seit 1173, zu Lehen 1409		
Waldshut	Nach 1240 durch Gf Albrecht IV v Habsburg, Stadt zwischen 1241/49 durch Rudolf und Albrecht v Habsburg	Grundung	1469 an Karl den Kühnen	1479
Kenzingen	Rudolf II v Usenberg 1248	Kg Adolf kaufte 1298 castellum K. mit Stadt Usenberger zu Lehen Grundung		1564
Mengen	Gf v Veringen (?) 1276 Stadtrechtsverleihung Rudolf v Habsburg		1384 1680 an Haus Waldburg	1680 Selbstauslösung
Riedlingen	Gf Wolfrad v Veringen um 1250	1291 Kauf	1384 an Haus Waldburg	1680 Selbstauslösung
Munderkingen	Herren v Eimerkingen Stadtrechtsverleihung vor 1266	vor 1297 Kauf	1384 an Haus Waldburg	1680 Selbstauslösung
Saulgau	Kaiser Friedrich II 1235/36, Stadtherren: Gf v Veringen	1299 Kauf	1386 an Haus Waldburg	1680 Selbstauslösung
Burgau	Siedlungsherrn: Gfn v Berg, Stadtgründung unbekannt	Mit Übergang der Markgrafschaft Burgau 1301		
Crunzburg	Gf Albrecht I (1298-1308)	Grundung	1458 86 an Bischof v Augsburg	1559
Aach	Stadtgründer: Herren v Aach, Stadtrechte 1283 Ks Friedrich III	ca 1300 Kauf	1330 Verpfändung an Truchsess Joh v Diesenhofen	1543
Radolfzell	Marktrecht 1100, Stadtrecht 1267, Stadtherr: Abt v Reichenau	1298 Kauf	1300 1325 an Herren v Klingenberg	um 1325, jedenfalls vor 1462
Braunlingen	Grundung: Hz v Zähringen, Stadtrechtsverleihung 1295 Gf v Eursenberg	1305		
Breisach	1185 Stadtgründung, gem. Verwaltung Heinrich II, Bischof v Basel	Aneignung 1275, 1330 an Habsburg verpfändet	1469 74 an Burgund	1568 an Stadt
Neuenburg	Stadtgründung 1170/80 durch Berthold IV v Zähringen	Nach Anfall an Reich 1331 an Hz Albrecht u Otto v Österreich versetzt		
Waldsee	Gründer u Stadtherren: Herren v Waldsee Stadtrecht 1298	1331 Kauf	1352 75 an Hohenberg 1386 Waldburg	1680 Selbstauslösung
Ehingen	Stadtgründung vor 1253 durch Gfn v Berg	1343 mit Herrschaft Berg gekauft	seit 1360 an untersch. Herren	1568 Selbstauslösung
Schelklingen	Stadtgründung Gfn v Berg vor 1234 Stadterhebung	1343 mit Herrschaft Berg gekauft	1360 Konrad v Reischach, seit 1680 an Schenk-Castell	
Villingen	1119 durch Hz v Zähringer	1326 Stadt stellte sich unter Schutz Albrechts v Habsburg		
Rheinfelden	1125 durch Konrad v Zähringen	nach Anfall an Reich 1330 an Habsburg verpfändet		
Triberg	Stadtgründer: Gf v Hohenberg od Habsburg, Zeitpunkt unbekannt	1355 Kauf	1356 Joh v Blumeneck	1654 Selbstauslösung
Erdingen	Stadtgründung um 1285 86 durch Hesso v Usenberg	1387 Übergang an Habsburg		bis 1470 an Herren v Swenlin verpfändet
Freiburg	um 1220 Marktgründung durch Konrad v Zähringen (?)	Nach Loskauf v Gf v Urach unter habsburgischem Schutz 1368	(bis 1797 meist verpfändet)	
Burkheim	Stadtgründer: Herren v Usenberg, ca 1300	1330 Kauf		
Rottenburg	1280 Stadtgründung durch Gf Albert II v Hohenberg	1381 mit Kauf der Grafschaft		
Horb	Stadtwendung unbekannt (Markt 1277, Schultheiss 1244 erstmals erwähnt) Stadtherrn: Pfalzgraf v Tübingen bis 1305, 1305 81 Gfn v Hohenberg	1381 mit Kauf der Grafschaft Hohenberg	1410-1454 an schwab. Reichsstädte	

63 Tengen und Oberau, die kein Stadtrecht mehr hatten, wurden nicht in die Tabelle aufgenommen

unterschiedlichen Rechtsbezirken. Wenn sich die Stadt einen eigenen Gerichtsbezirk im ländlichen Umfeld schuf, geschah dies zumeist über den städtischen Spital. Die meisten der habsburgischen Städte in Südwestdeutschland kamen nach kurzer Zeit als „Mediatstädte“ (so die Bezeichnung im 18. Jahrhundert) wieder unter einen Pfandherren. Da die Habsburger ihre Immediatstädte wie die Pfandherren die Mediatstädte in unterschiedlichem Maße privilegierten, wurde die Verfassungsentwicklung der österreichischen Städte in Südwestdeutschland zwischen dem 15. und 17. Jahrhundert eher uneinheitlicher als homogen.

Ein Versuch, Entwicklungslinien vom späten Mittelalter zur frühen Neuzeit hin aufzuzeigen, mag deswegen problematisch sein. Als Maßstab kann die Entwicklung der Selbstverwaltung mit den Institutionen von Gericht und Rat dienen⁶⁴. Im Laufe des 14. Jahrhunderts gelang den meisten habsburgischen Städten die Ausweitung ihrer Gerechtsame in zwei Richtungen: Sie konnten — mit Ausnahme von Binsdorf, Obernau, Tengen und Burgau — eigene Gerichtsbezirke bilden. Dazu wurde das mit Bürgern besetzte Stadtgericht zur bestimmenden Gerichtsinstanz; dies war eine der wesentlichen Grundlagen städtischer Unabhängigkeit.

Als der Mehrzahl der Gerichte auch die hohe bzw. die Blutsgerichtsbarkeit verliehen wurde, vergrößerte sich der Kompetenzbereich des Ammans, der dem Gericht jeweils vorstand.

Die Auseinandersetzung um größere städtische Autonomie der südwestdeutschen Städte der Habsburger läßt sich danach in drei Phasen gliedern: erstens dem Versuch, das Wahl- oder Einsetzungsrecht für den Amman zu erlangen und ihn dadurch zu kommunalisieren, zweitens die Periode der Einrichtung eines bürgerlichen Ratsgremiums, das unter einem gewählten Bürgermeister neben das Gericht trat und drittens die Phase der Ablösung des Ammans durch den Bürgermeister, wobei ersterer auf den Gerichtsvorsitz beschränkt wurde.

Die frühneuzeitliche Stellung der habsburgischen landsässigen Städte bestimmte sich jedoch nur teilweise aus ihrer im Spätmittelalter durch Stadtrecht und Privilegierung, Territorialbesitz und Gerichtsrechte erworbenen Stellung. Stärker war die Abhängigkeit von unmittelbaren herrschaftlichen Einwirkungsmöglichkeiten. Dabei lassen sich folgende Stufen feststellen:

1. Städte mit „quasi reichsstädtischer Freiheit“.

Dies galt für wenige Städte während einer begrenzten Periode, wobei eine gute rechtliche Privilegierung, Territorialbesitz und Gerichtsrechte sowie die Auslösung aus Pfandbesitz vor der Institutionalisierung neuer Mittelbehörden im 18. Jahrhundert die Voraussetzung waren. In diese Gruppe gehören Ehingen und die fünf Donaustädte in der Zeit zwischen 1680 und der Oberamtsreform Kaiser Karls VI. nach 1726.

2. Städte mit herrschaftlichem Gerichtsvorsitz, aber teilweise unabhängiger Ratsverfassung (z.B. Rottenburg, Horb, Günzburg, Villingen)

3. Städte unter stark herrschaftlichem Regiment (Burgau, Binsdorf)

4. Städte in deutlicher Abhängigkeit von einer Pfandherrschaft (Triberg, Weißenhorn).

⁶⁴ Als modellhaft sind immer noch die Arbeiten von R. SEIGEL anzusehen (Gericht und Rat in Tübingen Von den Anfängen bis zur Einführung der Gemeindeverfassung 1818–1822 [VKomLk in Baden-Württemberg B 13], Stuttgart 1960).

Stadtrechtserneuerung gab es zwar während der ganzen Zeit des 16., 17. und frühen 18. Jahrhunderts, doch beschränkte sie sich jeweils auf Einzelfälle. Zu einer durchgehenden Kommunordnung ist es nicht gekommen; entsprechende Versuche der Innsbrucker Behörden nach 1726 sind in Ansätzen stecken geblieben.

Erst mit der theresianischen Staatsreform wurden 1753/56 alle landesherrlichen Eingriffe in das Städtewesen systematisiert⁶⁵ und alle Stadtverfassungen nach einem einheitlichen Plan, wenn auch mit geringen lokalen Abweichungen, erneuert⁶⁶.

Nach dieser Reform waren in allen österreichischen Städten der Vorlande „neue Stattsverfassungen zu Einfuhr- und Unterhaltung besserer oekonomiae und Polizey einzurichten“. Der Rat war nunmehr dreigliedrig aufzubauen. Das wichtigste Gremium war die „Engere Deputation“, die aus den fähigsten Bürgern — „jedoch ausschließlich der Zunfftmäßigen Handwercksglieder“ — bestehen sollte, nämlich einem Bürgermeister, dem Stadttamman und zwei Ratsmitgliedern neben einem rechtsgelehrten Kanzleiverwalter. Die Anstellung des Kanzleiverwalters als eines nunmehr landesfürstlichen Beamten behielt sich die vorderösterreichische Regierung vor. Keines der Mitglieder dieser „Engeren“ oder „Ökonomiedeputation“, die das „Universalaufsehen“ über die Stadtgeschäfte haben sollte, durfte ein verrechnetes Amt (Säckel-, Steuer-, Wald-, Bau-, Spitalamts- oder Mildestiftungspflegerei, Umgeld-, Fleisch- und Brotbeschauamt) innehaben.

Zusammen mit acht weiteren Räten bildete die Ökonomiedeputation als „Innerer Rat“ die städtische Zivil- und Kriminalinstanz zur Entscheidung über bürgerliche Streitsachen. Der Innere Rat hatte alle vierzehn Tage zusammenzutreten.

Das dritte Gremium, die „bürgerliche Deputation“ oder der „Große (Äußere) Rat“, bestand aus sechs Personen und dem Inneren Rat. Sie hatten zu befinden, wenn es um wichtige Stadtangelegenheiten wie Verpfändung, Verkauf von Stadtgütern oder Kapitalaufnahmen ging. Da diese Beschlüsse nur Gültigkeit hatten, wenn sie die Zustimmung des jeweiligen Oberamtes fanden, war die wirkliche Kompetenz des „Großen Rates“ nur gering. Überdeutlich war nunmehr die obrigkeitliche Einbindung der kommunalen Entscheidungen in die landesherrliche Administration⁶⁷.

Wichtig erscheint es mir jedoch, darauf hinzuweisen, daß selbst in einem Großrortorium, wie es die habsburgischen Erblände darstellten, es nicht auf Anhieb gelang, die Reform durchzusetzen⁶⁸. Auch das jahrhundertlang und ständig erweiterte und institutionalisierte Eingriffsrecht des Landesherrn in Belange der Verfas-

⁶⁵Wichtig ist, daß diese Veränderung der Stadtverfassung nicht nur die Vorlande, sondern alle deutschen Erbländer betraf. Vgl. z.B. für Niederösterreich F. BALTZAREK, Beiträge zur Geschichte des vierten Standes in Niederösterreich. Eine vergleichende Stadtgeschichtsuntersuchung mit besonderer Auswertung der Gaisruckischen Städteordnung von 1745–1747, in: MÖStA 23 (1970), S. 64–104.

⁶⁶Zusammenfassend stellt die Reform dar CH. LINTZ, Die habsburgischen Erblände, die böhmischen Länder und Salzburg, in: K.G.A. JESERICH u.a. (Hgg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 1, Stuttgart 1983, S. 516–543; zur Entwicklung in den Vorlanden vgl. F. QUARTHAL, Zur Geschichte der Verwaltung der österreichischen Vorlande, in: F. QUARTHAL/G. WIELAND (Hgg.), Die Behördenorganisation Vorderösterreichs und die Beamten in Verwaltung, Justiz und Unterrichtswesen (ValemanInst 43), Buhl/Baden 1977, S. 43–130; zu den Reformen in den Städten QUARTHAL, wie Anm. 51, S. 121–138. SEIDLER, wie Anm. 40, S. 88–152. Entsprechend der früheren Einführung der theresianischen Reformen in den habsburgischen Kernlanden erfolgte die Reform der Stadtverwaltungen und die Unterstellungen der Städte unter die „städtische Wahlkommission“ der „Niederösterreichischen Repräsentation und Kammer“ bereits 1747 (BRUNNER, wie Anm. 20, S. 245).

⁶⁷Zu den Einzelheiten vgl. die in Anm. 66 genannten Arbeiten.

⁶⁸In Niederösterreich führt OTTO BRUNNER (wie Anm. 20, S. 246) die Städte Krems und Stern als Beispiele vor. Zu ähnlichen Schwierigkeiten in Preußen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts

sung der Landstädte wurde nicht ohne Widerspruch, teilweise sogar verbunden mit Aufständen, hingenommen.

Einige Beispiele mögen dies belegen: In Munderkingen, das ausgesprochen zünftisch bestimmt war, wurde die Instruktion glatt übergegangen. Man änderte die Namen der Gremien, beließ jedoch inhaltlich alles beim alten. Erst als die Zunftmeister mit Zuchthaus und Bürgerrechtsentzug bestraft und ein Militärkommando in die Stadt gelegt wurde, konnte die Reform mit mehrjähriger Verspätung durchgesetzt werden. Wesentlich größere Unruhen gab es in Villingen. Hier dauerte der bürgerschaftliche Widerstand fast 30 Jahre mit Höhepunkten 1757/58, 1773/74, 1781/82⁶⁹. In Freiburg verband sich der zunächst von den Zunftmeistern geführte Widerstand gegen die neue Stadtverfassung mit Aufstandsbewegungen gegen den unbeliebten und ungeschickt agierenden Kreishauptmann von Schauenburg, die die Regierung mit militärischen Sanktionen beantwortete. Erst als Schauenburg 1762 abgelöst wurde, verebbten auch die gegen die neue Stadtverfassung gerichteten Unruhen⁷⁰. In Breisach kam es zu Unruhen gegen die neu eingesetzten Gremien, als deren Unfähigkeit und Korruptheit bekannt wurde⁷¹.

Diese Bewegungen machen deutlich, wie relativ begrenzt die Machtmittel noch des absolutistischen Staates für eine solche umfassende kommunale Verfassungsreform waren.

Ein wesentliches Element zur „Verstaatlichung“ der kommunalen Verwaltungsorganisation waren die Kreisämter, die es dem Staat ermöglichten, die bisherigen lokalen Zwischengewalten zu mediatisieren⁷². Bereits zwischen 1725 und 1729 hatte Kaiser Karl VI. Versuche unternommen, diese Kreisämter nach böhmischem Vorbild in den Vorlanden einzuführen, was aber teils aus personellen Gründen, teils wegen des massiven und konzentrierten Widerstandes der vorländischen Stände nur partiell gelang⁷³. Unter Maria Theresia wurden die notwendigen organisatorischen Strukturen geschaffen, die jedoch — wie oben gezeigt — nur gegen teilweise erheblichen Widerstand durchgesetzt werden konnten. Mit der josephinischen Magistratsreform ab 1785 wurde das thesesianische System weitgehend perfektioniert. Die Kommunen waren damit effektiv zu staatlichen Verwaltungsinstanzen unterer Ebene geworden⁷⁴. Doch nicht nur organisatorische Reformen hatten den Erfolg dieser Maßnahmen bewirkt. Wesentlich war, daß es Österreich zwischen 1750 und 1780 gelang, einen

vgl. G. HEINRICH, Saatsaufsicht und Stadtfreiheit in Brandenburg-Preußen unter dem Absolutismus (1660–1806), in: RAUSCH (Hg.), wie Anm. 6, S. 155–172, hier S. 162

⁶⁹N. SCHLEICHER, Die frühe Ratsverfassung der Stadt Villingen und der Kampf der Schnabuliner, Mordiner und Finkenreiter um das Stadtreiment, Konstanz 1873, S. 26–92.

⁷⁰Vgl. QUARTHAL, wie Anm. 41, S. 210f.; H. KOPF, Christoph Anton von Schauenburg, Freiburg 1978, S. 40–188.

⁷¹HASELIER, wie Anm. 61, Bd. 2, S. 68–82.

⁷²BRUNNER, wie Anm. 20, S. 246; F. DÖRRER, Probleme rund um die thesesianische Kreiseinteilung Tirols, in: Beiträge zur geschichtlichen Landeskunde Tirols. FS für F. Huter, hg. v. E. TROGER/G. ZWANOWETZ (Schlernschriften 207), Innsbruck 159, S. 57–85, hier S. 57; F. SUNDNER, Die Kreisämter als Vorläufer politischer Behörden I. Instanz (1748–1848), in: J. GRÜNDLER (Hg.), 100 Jahre Bezirkshauptmannschaften in Österreich, Wien 1970, S. 9–18; QUARTHAL, wie Anm. 41, S. 47–55.

⁷³QUARTHAL, wie Anm. 41, S. 65–82; DERS., wie Anm. 5, S. 288.

⁷⁴Die josephinische Magistratsreform ist in den vorderösterreichischen Städten wesentlich einschneidender empfunden worden als die thesesianische Reform und hat deswegen in der lokalgeschichtlichen Literatur eine umfängliche Beachtung gefunden, während die Maßnahmen von 1753–1756 häufig unbeachtet blieben, bzw. mit den thesesianischen Reformen zusammengeworfen wurden. Einen Überblick gibt SEIDLER, wie Anm. 40, S. 156–180.

Beamtenstand heranzuziehen, der bereit war, sich voll dem Dienstgedanken des absolutistischen Staates zu unterwerfen. Nur durch den tiefgreifenden Mentalitätswandel in der Beamtenschaft — bis hinein in die Stadtmagistrate — konnte der absolutistische Staat seine volle Wirksamkeit entfalten⁷⁵. Durch Formung eines durch Bildung, Laufbahnvorschrift, Austauschbarkeit und Mentalität weitgehend homogenen Beamtenstandes konnte die „Verstaatlichung“ weiter korporativ und genossenschaftlich geregelter Lebensbereiche in den Territorien des 18. Jahrhunderts durchgesetzt werden. Was zuvor in feudalem Sinn der persönliche Dienst und die persönliche Treueleistung für den Landesherrn gewesen war, entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zum Dienst an dem Staat. Der „allerhöchste Dienst“ wurde zu einer konkreten und realen Norm, an der der Einsatz der einzelnen Beamten gemessen wurde — lange vor dem berühmten „Hirtenbrief“ Kaiser Josephs II., in dem er eine neue Gesinnung seiner Beamtenschaft in einer quasi religiösen Hingabe an den Staat forderte. Ohne diesen Mentalitätswandel der Beamtenschaft wäre die thesesianische Reform zwischen 1750 und 1760 in Schwaben ebenso gescheitert wie die Maßnahmen Kaiser Karls VI. im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts.

Erst seit 1756 bzw. 1785 waren die Kommunalverwaltungen in den habsburgischen Städten Südwestdeutschlands auf den modernsten Stand im Sinne absolutistischen Staatsverständnisses gebracht. Dann aber mußten Unterschiede zu der Praxis in Reichsstädten auffällig werden und bei unmittelbarer Nachbarschaft, die zu Vergleichen einlud, Kritik herausfordern.

In den kleineren südwestdeutschen Territorien änderten die Landesherren — zumindest nach dem bisherigen Forschungsstand — wenig an den äußeren Formen der Kommunalverfassung, sicherten sich jedoch einen maßgeblichen Einfluß auf die Verwaltung. Zugleich wurden wesentliche Kompetenzen den Kommunen entzogen und auf die Zentralbehörden übertragen. Durch strenge Aufsicht über alle Verwaltungshandlungen, insbesondere im finanziellen Bereich, war auch dort eine Integration in die absolutistische Verwaltung geglückt, auch wenn dort der Absolutismus stärker personell durch den jeweiligen Landesfürsten des Kleinterritoriums geprägt war⁷⁶.

Stärker formalisiert war das staatliche Handeln in dem zweiten Großterritorium Südwestdeutschlands, in Württemberg. Die württembergischen Verhältnisse sollen nur noch skizziert werden. Auch hier waren die wenigsten Städte landesherrliche Gründungen, sondern sie waren durch Kauf, Heirat oder Verpfändung an das Territorium gefallen. Sehr viel früher als in den habsburgischen Besitzungen begannen hier Vereinheitlichungstendenzen⁷⁷.

Im 15. Jahrhundert wurde das Gericht das tragende städtische Gremium; an die Stelle des häufig mit der Ehrbarkeit versippten Schultheiß trat ebenfalls im 15. Jahrhundert der landesherrliche Vogt⁷⁸. Die Stadtrechte blieben im Prinzip unangetastet. Recht und Herkommen waren zumindest der Form nach Größen, die landesherrliches Handeln banden, auch wenn seit dem 16. Jahrhundert die Landesordnungen neues Recht schufen und über Wahlbeeinflussung und Kompetenzbescheidung der

⁷⁵QUARTHAL, wie Anm. 41, S. 86-102, 190-312.

⁷⁶LEISER, wie Anm. 4, S. 130-134. Vgl. allgemein zur Eingliederung der Städte in den Territorialstaat den Beitrag von Karl Czok, der allerdings die Entwicklung mehr als einen Kampf der Fürsten gegen die landsässigen Städte denn als einen staatlichen Entwicklungsprozeß interpretiert (Czok, wie Anm. 17, S. 21-42, hier S. 31-33).

⁷⁷SEIGEL, wie Anm. 52, S. 177-193.

⁷⁸DERS., wie Anm. 64, S. 14-43.

landesherrliche Einfluß bis zum 18. Jahrhundert beständig wuchs. Die erste Kom-munordnung von 1702 und die zweite von 1756⁷⁹ setzten dann ein einheitliches Recht, auch wenn die Entmündigung der Kommunen bei weitem nicht so weit ging wie in Vorderösterreich unter Maria Theresia oder Joseph II.⁸⁰ Im Gegenteil wurden dort im württembergischen Erbvergleich von 1770 kommunale Selbstbestimmungsrechte festgeschrieben⁸¹. Wichtig erscheint mir jedoch der Hinweis, daß die Entwicklung in Württemberg bisher nur im Rahmen der landesherrlichen Verordnungen verfolgt werden kann. Konkrete Untersuchungen im Rahmen einzelner Städte fehlen bislang, so daß die Entwicklung vielleicht glatter aussieht als sie im historischen Verlauf wirklich war.

In einem Zusammenhang mit den landesherrlichen Veränderungen von Stadtverfassung und Stadtverwaltung landsässiger Städte möchte ich ein Phänomen in den Reichsstädten stellen, das lange Zeit unter negativem Vorzeichen gesehen wurde: ich meine die Bürgerunruhen und die daraus entstehenden Reichshofratsprozesse⁸². Johann Jakob Moser, der von 1650 bis 1770 Beispiele solcher Prozesse in 30 Städten anführt, urteilte darüber aufgrund seines auf Ausgleich bedachten Staatsverständnisses: „Wann die Magistrate und Bürgerschaften so klug wären und bald anfangs überlegten, was dergleichen Prozesse und die daraus entstehende, auch darauf erfolgende Commissionen und militärische Executionen kosten, wurden sie auch so klug seyn und sich lieber bald Anfangs mit einander vergleichen.“ Mit diesen Konflikten haben sich in den letzten Jahren Karl Czok⁸³, Klaus Gerteis⁸⁴, Reinhard Hildebrandt⁸⁵, und Jean Francois Noel⁸⁶ beschäftigt. Die Tendenzen der reichshofrätlichen Rechtssprechung sind deutlich: Bewahrung der obrigkeitlichen Rechte des Rates, die Betonung der Teilhabe der Bürgerschaft an der Vertretung der Reichsstandschaft, und der Versuch, Mißbräuche, namentlich finanzielle Gebrechen, abzustellen.

⁷⁹SPECKER, wie Anm. 52, S. 1-21.

⁸⁰Generalverordnung von 1702 (A.L. REYSCHER, Sammlung der württembergischen Gesetze, Bd. 13, Tübingen 1851, S. 755-804), „Commun-Ordnung“ von 1758 (REYSCHER, Bd. 14, S. 537-777).

⁸¹Ebd., S. 15.

⁸²Zu den Reichshofratsprozessen vgl. MOSER, wie Anm. 14, S. 427-468; O. VON GSCHLISSER, Der Reichshofrat. Bedeutung und Verfassung, Schicksal und Besetzung einer obersten Reichsbehörde von 1559 bis 1806, Wien 1942; W. SELLERT, Prozeßgrundsätze und Stilus curiae am Reichshofrat im Vergleich mit den gesetzlichen Grundlagen des reichskammergerichtlichen Verfahrens (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Reichsgeschichte NF 18), Aalen 1973; BADER, wie Anm. 2, S. 56, 64; CZOK, wie Anm. 17, S. 21-42, hier S. 29; zuletzt V. PRESS, Die Reichsstädte des schwäbischen Reichskreises zwischen Revolution und Mediatisierung, in: Katalog der Ausstellung „Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons“, Stuttgart 1987, S. 121-135. Zur Reflexion der Bürgerunruhen in der zeitgenössischen reichsstädtischen Historiographie vgl. SCHURIG, wie Anm. 29, S. 260-262.

⁸³Vgl. Anm. 63.

⁸⁴K. GERTEIS, Repräsentation und Zunftverfassung. Handwerkerunruhen und Verfassungskonflikte in südwestdeutschen Städten vor der Französischen Revolution, in: ZGO 122 (1974), S. 275-287, DERS., wie Anm. 17, S. 43-58.

⁸⁵HILDEBRANDT, wie Anm. 17, S. 221-241, DERS., Zur Frage der reichsstädtischen Finanzen und Haushaltspolitik seit dem Westfälischen Frieden, in: E. MASCHKE/J. SYDOW (Hgg.), Städtisches Haushalts- und Rechnungswesen (Stadt in der Geschichte 2), Sigmaringen 1977, S. 91-107.

⁸⁶NOEL, wie Anm. 18, S. 121-131

Stellt man jedoch die wenigen gut untersuchten Beispiele reichshofratlicher Tätigkeit zusammen — Augsburg⁸⁷, Ulm⁸⁸, Rottweil⁸⁹, Reutlingen⁹⁰, Isny⁹¹ — so wird offenbar deutlich, daß es um weit mehr als Rechtssprechung geht. Den Urteilen ging in der Regel eine intensive Bestandsaufnahme des gesamten Stadtzustandes voraus. Die Tätigkeit des Reichshofrates war zu guten Teilen eher eine administrative denn eine jurisdiktionelle. So mußte die Reichsstadt Ulm dem Reichshofrat um 1770 einen ausführlichen Bericht über die städtischen Aktiva und Passiva, zusammen mit ausgearbeiteten Verbesserungsvorschlägen, einreichen, bevor ihr die Veräußerung städtischer Realien gestattet wurde⁹². Über das weitere Vorgehen mußte die Stadt regelmäßige Jahresberichte nach Wien senden, in denen das Finanz- und Verwaltungsgebaren Ulms überprüft wurden. In Fragen der Besoldungsregelung in Heilbronn, Schweinfurt und Dinkelsbühl nahm der Reichshofrat nahezu die Funktion einer landesherrlichen Oberbehörde ein. Jean Francois Noel sprach von einem „halb gerichtlichen, halb administrativem Verfahren“⁹³. Die Modernisierung der städtischen Verwaltung und Rechnungsführung — etwa im Fall von Isny — wurde im Auftrag des Reichshofrates vorgenommen.

Seine Entscheidungen hatten — wie sich an Isny und Rottweil zeigen läßt — Verfassungscharakter wie das Stadtrecht. Über Lokal- und Hofkommissionen konnte der Reichshofrat intensiv in das innerstädtische Leben eingreifen.

Eine bekannte Tatsache ist es, daß das Reich keine Unterbehörden hatte, und daß die Kreise seit dem 17. Jahrhundert teilweise in diese Funktion hineingewachsen sind. Eine besondere Rolle fiel dabei den kreisausschreibenden Fürsten zu. Ihre Tätigkeit als kaiserliche Kommissare, die seit dem späten 17. Jahrhundert einen breiten Raum einnahm — in Form der Subdelegationskommission —, ist trotz einer breiten archivalischen Überlieferung für Südwestdeutschland so gut wie nicht untersucht, worauf unlängst Raimund Weber hingewiesen hat⁹⁴.

Durch die Tätigkeit landesfürstlicher Beamter als Subdelegationskommissare ist in vielen Fällen der Modernisierungsschub der landesherrlichen Verwaltung namentlich im Finanzwesen an die Reichsstädte weitergegeben worden.

Reichsstädte stehen im Ruf, eine überteuerte Verwaltung gehabt zu haben⁹⁵. Dort, wo dies nachprüfbar ist — etwa im Falle Isnys — scheint dies im Vergleich mit landesfürstlichen Verwaltungen oder landsässigen Städten nicht unbedingt zu stimmen. Isny hatte zwischen 1777 und 1785 Personalausgaben in Höhe von rund 3700 fl., wobei der graduierte Stadtschreiber rund 500 fl. erhielt⁹⁶. Auf diese Summe

⁸⁷BÁTORI, wie Anm. 32.

⁸⁸GÄNSSLEN, wie Anm. 32, S. 120-202.

⁸⁹A. LAUFS, Verfassung und Verwaltung der Stadt Rottweil 1650-1806 (VKomLk in Baden-Württemberg B 22), Stuttgart 1963.

⁹⁰S. STÄHLE, Verfassung und Verwaltung der Reichsstadt Reutlingen zwischen 1740 und 1770 Aspekte reichsstädtischer Geschichte im 18. Jahrhundert, in: Reutlinger Geschichtsblätter NF 23, (1984), S. 7-207.

⁹¹C.-H. HAUPTMEYER, Verfassung und Herrschaft in Isny. Untersuchungen zur reichsstädtischen Rechts-, Verfassungs- und Sozialgeschichte, vornehmlich in der Neuzeit (Göppinger Akademische Beiträge 97), Göppingen 1976.

⁹²GÄNSSLEN, wie Anm. 32, S. 120f.

⁹³NOEL, wie Anm. 18, S. 124.

⁹⁴R.J. WEBER, Die kaiserlichen Kommissionen des Hauses Württemberg in der Neuzeit, in: ZWürttLG 43 (1984), S. 205-236; für Reutlingen vgl. STÄHLE, wie Anm. 90, S. 66-96.

⁹⁵So zusammenfassend GERTEIS, wie Anm. 5, S. 91.

⁹⁶SPETH, wie Anm. 37, S. 147-149.

kamen vergleichbare landesfürstliche Städte auch. Für einen promovierten Juristen war diese Summe zu Ende des 18. Jahrhunderts keine exorbitante Bezahlung.

Auch reichsstädtische Verwaltungen und Verfassungen wandelten und modernisierten sich während des 17. und 18. Jahrhunderts. Wie in den landsässigen Städten kam der Druck dazu von außen. Im Unterschied zur systematischen Tätigkeit landesherrlicher Verwaltung blieb das Reich gegenüber den Reichsstädten auf einer altertümlichen Stufe stehen: Die Tätigkeit des Reichshofrates glich der intermittierenden Territorialverwaltung des 16. Jahrhunderts, obwohl auch hier Übergangsformen festzustellen sind, wenn etwa der Rat die Finanzverwaltung und das Steuerwesen über einen langen Zeitraum an den Reichskreis abtreten mußte. Auf jeden Fall muß man, um das Verhältnis Kaiser — Reichshofrat — Reichsstadt besser zu beurteilen, weniger den jurisdiktionellen Aspekt der Reichshofratsentscheidung, sondern ihre administrative Funktion herausstellen.

In der Beurteilung des Erfolges reichshofrätlicher Maßnahmen wird oft betont, daß sie erfolglos gewesen seien, weil sich nach 15 oder 20 Jahren die gleichen Mißstände gezeigt hatten. Ich meine jedoch, aus der zeitgenössischen Situation gesehen, sind 20 Jahre eine lange Zeit, die eher für eine erfolgreiche Tätigkeit spricht.

Dem Konzentrationsprozeß der Territorien und deren Integration der Städte in die Territorialverwaltung folgte das Reich über den Reichshofrat und die Kreiskommisionen zwar abgeschwächt, aber doch spürbar, wenn auch in antiquierten Formen. Der Kaiser als Stadtherr war in den Reichsstädten seit dem 18. Jahrhundert keine Leerform⁹⁷; in seinem Verhältnis zu den Reichsstädten nahm er teilweise landesherrliche Züge an, so sehr, daß man in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Tätigkeit der Magistrate als Auftragsverwaltung für den Kaiser interpretiert hat⁹⁸.

Wesentlich aber erscheint die Tatsache, daß Schuldenkrisen, Oligarchisierung der Verwaltung, Bürgerunruhen in landesherrlichen wie in Reichsstädten im 17. und 18. Jahrhundert gleichermaßen auftraten. Es gab in dieser Periode eine Krise städtischer Existenz, die bei den Reichsstädten nur deswegen so manifest wurde, weil Remeduren nur über ein Eingreifen von außen möglich waren. Die wirtschaftliche Krise der Städte nach dem Dreißigjährigen Krieg war allgemein, in Südwestdeutschland wurde sie verstärkt durch den Ausfall der traditionellen Handelspartner in Norditalien seit der gleichen Zeit. Die Territorialisierung des Gewerbes, der Verfall des neckarschwäbischen Weinhandels, die Präponderanz Norddeutschlands im geistigen Leben, die enorme Kriegsbelastung des südwestdeutschen Raumes bis ins erste Drittel des 18. Jahrhunderts und dann ieder seit 1756, dazu die Belastung durch die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit dieses Raumes, die Konkurrenz durch die wirtschaftlich agile Schweiz in der neuen Arbeitsform, der Manufaktur, und der modernen Vertriebsform, dem Verlag, das Fehlen einer wirklich großen Territorialmacht, die in der Hochphase des absolutistisch und kameralistisch geprägten Zeitalters Impulse in Südwestdeutschland hatte setzen können, all dies führte die im Grund mittelalterlich strukturierten Städte dieses Raumes in eine soziale und ideelle Krise. Im Territorium gab es durch die absolutistisch geprägte Regierungsspitze eine Kraft, die gegen beharrende Kräfte eine Veränderung aufzwingen konnte. Daß dabei die Verbesserung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und strukturelles

⁹⁷Im Gegensatz dazu sah K.S. BADER ein „merkwürdig gehemmtes Verhältnis der Reichsstädte zum Reich“ und sprach von einer „Abwehrhaltung G. J. auf Kaiser und Reich“. (BADER, wie Anm. 2, S. 66.)

⁹⁸HILDEBRANDT, wie Anm. 17, S. 240.

Machtinteresse absolutistischer Herrschaft unter Hintansetzung gewachsener Privilegien und genossenschaftlicher Selbstbestimmung Hand in Hand gingen, steht außer Frage. Territorium und Stadt waren jedoch in dieser historischen Situation aufeinander angewiesen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß „landesfürstliche Städte aus staatlicher Einordnung neue Lebenskräfte zur Förderung des Wohlstandes, Handels und Gewerbes zogen“⁹⁹. Landesherrliche Städte wurden von außen gezwungen, mit den Entwicklungen des modernen Rechts- und Verfassungslebens Schritt zu halten¹⁰⁰. Auf Territorium und Stadt lastete durch die wirtschaftliche Veränderung gleichermaßen ein externer Druck zur Veränderung, doch nur die Territorien besaßen die Instrumentarien, ihre Städte zur nötigen Anpassung zu zwingen.

Eine wesentliche Aufgabe des 18. Jahrhunderts war es, die auf Grund von Privilegien, Herkommen und oligarchischer Abschließung besetzten Führungsgremien der Städte in einem Rationalisierungsprozeß durch qualifizierte und in den modernen Bildungssystemen bewährte Beamte und Gremien zu ersetzen. Daß dabei durchaus gleichwertige Normen wie Selbstbestimmung, Wahlrecht, soziale Vernetzung hintangesetzt wurden, steht außer Frage. Der gemeine Nutzen wurde weitgehend an Effizienz und finanziellem Ertrag gemessen. Verwaltungsreformen gelangen also Städten der Territorialstaaten des 18. Jahrhunderts nur durch Eingriffe von außen. Die Reichsstadt war in der Territorialstruktur des 18. Jahrhunderts ein antiquiertes, keineswegs jedoch statisches Gebilde. Mangels ausgebildeter institutioneller Wege konnten Neuerungen dort nur auf dem Wege über Bürgerunruhen, kaiserliche und reichshofrätliche Eingriffe geschehen.

Bislang hat man die Bürgerunruhen in den Reichsstädten des 18. Jahrhunderts mit Blick und im Vergleich zu den Ereignissen des revolutionären Frankreichs bewertet. Ein Interpretationsmodell, daß Reichs- und Territorialstädte einander annähert, das im Kaiser einen „Landesherrn“ der Reichsstädte sieht, der mit antiquierten Methoden reagieren mußte und der über Quasi-Verwaltungsinstrumente wie Reichshofrat, Subdelegatskommission und Debitkommission unter pfleglicher Wahrung traditioneller Rechtszustände eine Modernisierung von Sozialstruktur, Wirtschaft, Verwaltung und Verfassung der Reichsstädte erreichen wollte und sich dabei des Modernisierungsvorsprungs der Reichsstände durch die Übertragung von Kommissionen auf deren Beamte bediente, dies erscheint mir für die historische Realität schlüssiger zu sein als bisherige Deutungen. Da diese Modernisierung in den Reichsstädten jedoch nur mit Verzögerung gegenüber den Territorien erfolgte, ist ein Nachweis einer Effizienz dieser Reformen in vielen Fällen wegen der baldigen Mediatisierung der Reichsstädte nur in wenigen Fällen zu erbringen¹⁰¹. Über Ulm beispielsweise brach die Mediatisierung 1802 mitten in Verhandlungen zwischen Rat und Bürgerschaft unter Vermittlung des kaiserlichen Ministers beim Schwäbischen Kreis herein; ein vom

⁹⁹HUBATSCH, wie Anm. 33, S. 35

¹⁰⁰Ebd.

¹⁰¹Verwiesen sei nochmals auf den Tenor älterer Darstellungen, wo es hieß „Langst hatten die Reichsstädte ihre Zeit erfüllt. Alt und morsch geworden, wurden sie von den Stürmen der napoleonischen Kriege hinweggefegt. Ruhmlos fielen sie Mächten zum Opfer, die im Laufe der Jahrhunderte stärker geworden waren als sie selbst: 'Die Länder, nicht die Stadtstaaten wurden das Rückgrat der deutschen Staatsentwicklung'“. (E. SCHELL, *Die Reichsstädte beim Übergang an Baden*, Heidelberg 1929, S. 14).

Ratskonsulenten Holl vorgelegter demokratischer Verfassungsentwurf konnte weder beschlossen noch konnte seine Realisierbarkeit getestet werden¹⁰².

Sicher ist die Verwaltung der Reichsstädte nicht das, was ihre Bedeutung ausmacht. Otto Borst hat in seinem grundlegenden Aufsatz die kulturelle Leistung der Reichsstädte auch für die Zeit nach 1550 als ihren eigentlichen Beitrag zur Geschichte Südwestdeutschlands in der Neuzeit herausgearbeitet¹⁰³. Und nicht zuletzt war auch das Reichsbewußtsein, das von ihnen getragen wurde, ein wichtiges Element für die Existenz dieses Reiches¹⁰⁴. Im Blick reichsstädtischer Historiographen waren die Reichsstädte für den Kaiser „opes et robur Imperii, ja welche man mit Fug als edle Kleinodien der kaiserlichen Kron ansehen mag“¹⁰⁵. Das Kaiserhaus galt für die Geschichtsschreiber als „die Pflegemutter mindermächtiger Reichsstände, absonderlich der Reichsstädte, die Grundveste des Reichs, die Haupt und Glieder durch Jahrhunderte hin in dieser Verfassung glücklich befestigt hat“¹⁰⁶. Jede Anstrengung zur Erhaltung der Reichsstädte war zugleich ein Dienst am Reich. Dies erklärt das Bestreben reichsstädtischer Geschichtsschreibung, den Konnex mit Kaiser und Reich herauszustellen und die Existenz der Reichsstädte mit historisch fundierten Argumenten zu verteidigen. Auf der anderen Seite kann die reichshofrätliche Tätigkeit in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, die ihren Rückhalt im Kaiser hatte, als Bemühung des Reichsoberhauptes verstanden werden, mit den Mitteln, die die Reichsverfassung bot, einen Beitrag zur Bewahrung der kleinen Reichsstände und der Reichsstädte gegenüber den Territorien zu leisten.

Beide Bemühungen sind gescheitert. Das Bindeglied zum Mittelstaat des 19. Jahrhunderts war das Territorium, nicht das mit unzureichenden Mitteln um Reform bemühte Reich. Um so anrührender ist die Passage in der Denkschrift des Rottweiler Bürgermeisters Hofer, die er 1802 „namens der freien Reichsstädte in Schwaben“ der Reichsdeputation in Regensburg übergab, in der er die Selbstaufgabe der Reichsstädte als Mittel zum Fortbestehen des Reiches erklärte: „So empfindlich ihnen dieses unverschuldete Schicksal ist, [...] so wollen doch diejenigen Reichsstädte in Schwaben, welche ausersehen sind, dieses letzte Opfer, sofern es zur eigentlichen Beruhigung des deutschen Vaterlandes unvermeidlich ist, auch noch bringen und dadurch beweisen, daß unser den von ihren Vorfahren auf sie gekommen echt reichsstädtische Tugenden, Vaterlandsliebe und Liebe zum Wohl des Ganzen, sie vorzüglich zu beseelen“¹⁰⁷.

Mit den Reichsstädten ging das Reich unter, wie dies aus einer eindrucksvollen Stelle aus einem Schreiben der Frau Rath Goethe an ihren Sohn vom 19. August 1806 hervorgeht. Sie schrieb dort: „Mir ist übrigens zumuthe als wenn ein alter Freund sehr krank ist, die Ärzte geben ihn auf, mann ist versichert daß er sterben

¹⁰²GÄNSSLEN, wie Anm. 32, S. 127-142.

¹⁰³Vgl. O. BORST, Die geistigen und politischen Traditionen der Reichsstadt Esslingen am Ende des alten Reiches, in: Esslinger Studien 1 (1956), S. 43-55.

¹⁰⁴Vgl. H.J. HERBIG, Kaisertum und Reichsstadt. Eine Studie zum dynastischen Patriotismus der Reichsstädte nach dem Westfälischen Frieden bis zum Untergang des Reiches, in: MVGNürnberg 58 (1971), S. 211-268.

¹⁰⁵E. ROTH, *Historia Universalis Pragmatica*, Ulm 1706, S. 2f. (zit. nach SCHURIG, wie Anm. 29, S. 228).

¹⁰⁶J.F. SCHÖPPERLIN, Von der Römischen Königswahl, in: DERS., *Kleine historische Schriften*. Bd. 1, Nördlingen 1782, S. 30, (zit. nach SCHURIG, wie Anm. 29, S. 294).

¹⁰⁷Die J.B.-Hofer-Denkschrift Namens der freien Reichsstädte in Schwaben 1802 überreicht bei der Reichsdeputation zu Regensburg, (hg. v. E. MACK), Rottweil 1926, (zit. nach SCHURIG, wie Anm. 29, S. 296).

wird und mit all der Gewißheit wird man doch erschüttert wann die Post kommt er ist tot. So gehts mit und der gantzen Stadt. Gestern wurde zum ersten mahl Kaiser und Reich aus dem Kirchengebet weggelassen“¹⁰⁸.

Dieser Brief stammt mit gutem Grund aus einer Reichsstadt. Trotz aller Reformbemühungen hatten die in der Reichsverfassung eingebetteten Reichsstädte bis auf wenige Ausnahmen nicht den Weg in die Staatlichkeit des 19. Jahrhunderts gefunden. Obwohl den Landstädten in ihrer Verfassungsform nur wenig unterlegen, zählte die Reichsstadt neben den reichsfreien Abteien und der Reichsritterschaft zu den Verlierern bei der Reichsreform von 1803 und bei dem schließlichen Untergang des Reiches im Jahre 1806.

¹⁰⁸ Wesentlich kritischer das Urteil K.S. Baders. „Die Reichsstädte von 1800 vermochten jedenfalls dem Heiligen Römischen Reich nichts mehr zu geben, was Kraft und staatliche Geltung bedeutet hatte. Sie waren reif für den Untergang.“ (wie Anm. 2, S. 70)